

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeile (Moss's Zeilenmesser 14)
RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75
und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 206

Sonnabend, den 4. September 1926

78. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Amtlicher Teil.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, den 9. September 1926, abends 1/8 Uhr,
im großen Sitzungssaale des Rathauses.

Tagesordnung: Öffentlich. 1. Kenntnisnahmen. 2. 8. Nachtrag zur Ge-
meindesteuerordnung, Feuerschutzsteuer betr. 3. Ev. Anfragen und Anträge.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Pulsnitz, den 2. September 1926.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
Walther Hier.

Landwirtschaftliche Schule Pulsnitz

Neuanmeldungen von Knaben und Mädchen

für den Mitte Oktober beginnenden Lehrgang müssen bis spätestens 1. Oktober bewirkt werden.

Die Schulleitung.

Das Wichtigste

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund erfolgt am
10. September.
Die Zusatzleistungen für die Reparationszahlungen sind um
200 Millionen herabgesetzt worden.
Im Ruhrgebiet breitet sich ein Epidemie aus, die bereits
mehrere Opfer gefordert hat.
Der Berliner Lokalanzeiger meldet: Der Chef der Marine-
leitung, Admiral Zenker, hat gegen den Vorwärts und
gegen den Montagmorgen Strafantrag wegen Beleidigung
der Marine gestellt. Wie wir erfahren sind als Grund
hierfür die bekannten unberechtigten Angriffe der beiden
Blätter gegen die Offiziere des Kreuzers Hamburg anzu-
sehen.
Die Berliner Germania gibt eine Meldung des Fränkischen
Kuriere wieder, in der es heißt: Die Voruntersuchung
im Verfahren gegen Rudolf Hitler wegen Meineides, das
auf den Prozeß gegen Bürgermeister Luppe zurückgeht, ist,
wie von zuverlässiger Seite verlautet, abgeschlossen. Die
Akten sind nunmehr an die Staatsanwaltschaft abgegangen.
Die Berliner Vossische Zeitung meldet aus Genf: Der Prä-
sident der gemischten Kommission für Oberschlesien, der
frühere schweizerische Bundespräsident Calonder ist hier
eingetroffen, um dem Völkerbund bei der Beratung in
Minderheitsfragen zur Verfügung zu stehen.
Die Berliner Morgenblätter melden aus London: Der Ma-
drider Berichterstatter der Evening News meldet, daß
Spanien nicht beabsichtigt, sofort aus dem Völkerbund
auszutreten, obgleich der spanische Vertreter von seiner
Regierung angewiesen worden sei, sich von den Sitzungen
des Rates fern zu halten.
Wie aus Fort Smith gemeldet wird, sind infolge einer Ex-
plosion einem dortigen Bergwerk 200 Bergleute einge-
schlossen.
Wie aus Melilla (Spanien) gemeldet wird, haben sich zwölf
deutsche Staatsbürger, die aus Hamburg kamen, vor dem
dortigen Kriegsgericht wegen Verrats militärischer Geheim-
nisse zu verantworten.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.
Rückblick auf die Leipziger Messe. — Schwierige Lage des
Handwerks. — Förderung der Ausfuhr, die Parole des
Reichsverbandes der Deutschen Industrie. — Auf dem Wege
zum Elektrotrakt. — Herabsetzung der Dameszahlungen.
Wie ein Rückblick auf die Leipziger Messe lehrt, hat sie
ihren Charakter seit dem Frühjahr gewechselt. Durch die
Inflation und Nachkriegszeit war sie dazu gekommen, nicht
mehr das zu zeigen, was gemeinhin auf Messen gekauft wer-
den kann, sondern darüber hinaus alle möglichen Gegen-
stände, die zum Gebiet der Ausstellung zu rechnen sind und
eine Bereinigung in Sammelausstellungen wechselnder Art

Der Reichsaußenminister über Genf

und die lebenswichtigen außenpolitischen Fragen

Beginn der Dresdner Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichsverbandes der deutschen
Industrie — Der „Temps“ versucht die Genfer Einigkeit zu stören

† Rom. Ein italienisches Blatt veröffentlicht eine
Unterredung, die ein Korrespondent mit dem Außenminister
Dr. Stresemann hatte.

Der Minister erklärt darin auf die Frage, ob nunmehr
alle Schwierigkeiten bezüglich des Eintritts Deutschlands
in den Völkerbund als behoben betrachtet werden könnten,
daß zwar die Erfahrungen der Märztagung die Möglich-
keiten des Unerwarteten in sich bergen, daß man aber nach
der derzeitigen Lage den Eintritt als sicher annehmen
könne.

Ueber die

Cuppen-Malmedy-Frage

erklärte Dr. Stresemann, daß es sich bei dem materiellen
Objekt dieser inoffiziellen Verhandlungen um eine Summe
gehandelt habe, die etwa den zehnten Teil der von amerika-
nischer Seite genannten 1 1/2 Milliarden ausmache, und daß
auch sie nicht von Reichswegen, sondern etwa als eine Be-
freiungsanleihe im Rheinland privat hätte aufge-
bracht werden müssen.

Schließlich berührte der Minister

das Kolonial-Problem.

Er unterstrich dabei, daß es in dieser Frage nur eine einheit-
liche öffentliche Meinung in Deutschland gebe, und daß man
mit Bezug auf sie dem deutschen Volke auf das
Bitterste Unrecht getan habe. Ob und wann sie
wieder akut werde, sei im Augenblick nicht zu sagen.

Was England nach Deutschlands Aufnahme erwartet.
Sechs Ehrenforderungen.

† London. Der diplomatische Korrespondent eines Lon-
doner Blattes stellt in einem Artikel die Haltung Deutschlands
nach seinem Eintritt in den Völkerbund dar, wie man sie in
diplomatischen Kreisen London erwartet.

Erstens erwartet man, Berlin werde auf eine weitere
und sofortige Herabsetzung der Rheinlandbe-
setzung bestehen, damit diese auch tatsächlich unsichtbar
werde. Gleichzeitig werde Berlin eine baldige Räumung
des ganzen Rheinlandes verlangen, weil die Be-
setzung mit dem Geist von Locarno nicht in Einklang zu
bringen sei.

Zweitens werde Deutschland den Rückzug
der französischen Truppen aus dem Saargebiet
fordern, zumal jetzt die am Friedensvertrag vorgesehene
lokale Gendarmerie eingesetzt sei. Hierin werde Deutschland
von dem kanadischen Vorkämpfer der Saarregierung unter-
stützt werden. Gleichzeitig wolle Deutschland, daß eine Volks-
abstimmung im Saargebiet vor Ablauf der 15jährigen im
Vertrag vorgesehenen Periode vorgenommen werde.

Drittens würde Deutschland auf der sofortigen un-
terdrückung der gegenwärtigen Kontroll-
kommission bestehen.

Viertens wolle Deutschland betonen, daß die Er-
richtung eines Kontrollkörpers in der entmilitarisierten,
Rheinlandzone gegen den Vertrag von Versailles verstoße,
und daß nur der Völkerbund auf Grund besonderer Be-
schwerden Inspektionsbesuche anordnen könnte.

Fünftens dürfte Deutschland seine Zuständigkeit als
Mandatmacht beweisen wollen, damit, im Falle Mandate frei
werden, Deutschland dafür in Betracht gezogen werden könne.

Sechstens werde Berlin verlangen, im Verhältnis zu
den anderen Großmächten im Völkerbundssekretariat und den
anderen Genfer Körpern sobald wie möglich vertreten zu
sein.

Am 10. September Aufnahme Deutschlands.

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ist für
Freitag, den 10. September, vorgesehen. Die Aufnahme als
ständiges Ratsmitglied soll sich der Aufnahme in den Völker-
bund unmittelbar anschließen und somit bereits am Freitag
abend oder am Sonnabend vormittag erfolgen.

Von polnischer Seite werden besondere Anstrengungen
gemacht, die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder bereits
in den ersten Sitzungen der Vollversammlung vollziehen zu
lassen, da Polen unter allen Umständen gleichfalls im Rate
anwesend sein will, wenn die saarländische, die Danziger
und die Memeler Frage vom Rate behandelt werden.
Es darf in diesem Zusammenhange nochmals darauf hinge-
wiesen werden, daß Herr von Hoersch vor seiner Abreise
die Zusage der Ratsmitglieder erhalten hat, daß die Deutsch-
land interessierenden Fragen vom Völkerbunde nicht vor
dem deutschen Eintritt verhandelt werden würden. Insbe-
sondere Briand habe in dieser Beziehung feste Zu-
sagen gegeben.

Unterredung Hoersch-Briand.

Botschafter von Hoersch hatte eine längere Unter-
redung mit dem französischen Außenminister Briand, in
deren Verlauf unter anderem die Frage des Ein-
tritts Deutschlands in den Völkerbund und
das Rheinlandproblem sowie eine Reihe anderer
Fragen berührt wurden, die durch den bevorstehenden Ein-
tritt Deutschlands in den Völkerbund aktuell geworden sind.

Trostworte der Studienkommission für Spanien.

Spaniens Antwort in Genf eingetroffen.
Die Studienkommission, die mit der Abfassung des Be-
richtes an den Völkerbundrat beauftragt war, hat nach

